

Niederschrift
zur Sitzung des Rates der Schloss-Stadt Hückeswagen



Sitzungstermin: 27.03.2013
Sitzungsbeginn: 17:00 Uhr
Sitzungsende: 18:15 Uhr
Ort: im Großen Sitzungssaal des
Rathauses, Auf'm Schloß 1

An der Sitzung nahmen teil:

Bürgermeister

Ufer, Uwe Bürgermeister

Mitglieder

Berbecker, Hans-Peter
Biesenbach, Monika
Busch, Annegret
Cosler, Thomas
Danielsen, Hans-Peter
Döring, Roswitha
Endresz, Willi
Fink, Horst
Finster, Shirley
Fischer, Rolf
Grasemann, Hans-Jürgen
Hager, Wilfried
Kaenders-Wellershaus,
Rolf
Klewinghaus, Dieter
Malecha, Friedhelm
Meine, Martin
Merz, Jürgen
Moritz, Frank
Neuenfeldt, Hans-Jürgen
Noll, Andreas
Päper, Cornelia
Pohl, Andreas
Quass, Jürgen
Sabelek, Egbert
Schütte, Christian
Thiel, Jürgen
Thiel, Ralf
Verwied, Guido
Wagner, Hans-Peter
Weiß, Angelika
Welp, Gerhard
Wolter, Michael

von der Verwaltung

Müller, Bernd
Winter, Monika

Gäste

Weck, Jochen Dr.

Es fehlten:

Mitglieder

Bannies, Harald
Bialowons, Andreas
Hücker, Manfred
Jovy, Jürgen
Reichwein, Markus
von Polheim, Jörg

von der Verwaltung

Kemper, Torsten
Kirch, Michael
Persian, Dietmar
Schröder, Andreas

Tagesordnung:

Öffentliche Sitzung

- 1 Urteil des Landgerichtes Köln vom 12.03.2013 im Verfahren Stadt Hückeswagen gegen Erste Abwicklungsanstalt **FB I/1950/2013**
- 2 Mitteilungen und Anfragen

Nichtöffentliche Sitzung

- 1 Mitteilungen und Anfragen

Protokoll:

Öffentlicher Teil

zu 1 Urteil des Landgerichtes Köln vom 12.03.2013 im Verfahren Stadt Hü- ckeswagen gegen Erste Abwicklungsanstalt

Zu Beginn der Sitzung erläutert Herr Dr. Weck (Kanzlei Rössner) anhand einer Präsentation die Analyse des Urteils.

Die Präsentation ist der Niederschrift als Anlage beigefügt.

Herr Schütte fragt nach, wie sich der Marktwert der Swaps entwickelt und fragt an, wie die Strategie der Anwaltskanzlei für die Berufung aussehen wird. Weiterhin hat er den Eindruck, dass das Urteil auf „tönernen Füßen“ steht.

Herr Weck teilt hierzu mit, dass das Urteil keineswegs auf „tönernen Füßen“ steht und bei einer Berufung wird es aller Voraussicht nach so sein, dass das OLG der Meinung des LG folgen wird. Er teilt weiterhin mit, dass in einem Berufungsverfahren nochmals die Unwirksamkeit aufgegriffen werden soll. Unter Bezug auf den § 37 a Wertpapierhandelsgesetz, den es nicht mehr gibt, weist Herr Dr. Weck darauf hin, dass die Beratungspflicht für das in der 1. Instanz unterlegene Derivatgeschäft nach seiner Auffassung vorsätzlich verletzt wurde und insofern nicht verjährt sein kann.

Eine Entwicklung der Marktwerte ist dieser Niederschrift als Anlage beigefügt.

Herr Schütte teilt für die Fraktion der CDU mit, dass Beratungsbedarf angemeldet wird, da das Urteil den Fraktionen nicht zur Kenntnis übersandt wurde.

Herr Grasemann verweist auf den Vortrag von Herrn Dr. Weck, der schlüssig und fachkundig gehalten wurde und teilt mit, dass er das Misstrauen der CDU nicht nachvollziehen kann und bittet die CDU darum, den Beratungsbedarf nochmal zu überdenken.

Herr Thiel verweist auf die umfangreichen Erläuterungen des Herrn Dr. Weck und teilt für die Fraktion der FaB mit, dass eine Zustimmung erfolgen wird.

Herr Klewinghaus teilt die Meinung der SPD und signalisiert Zustimmung.

Herr Welp teilt mit, dass Erleichterung über die Rechtsprechung vorliegt, allerdings vertritt die Fraktion der FDP die Auffassung, keine Berufung einzulegen, da fraglich ist, ob in einer höheren Distanz Erfolg erzielt werden kann.

Herr Weck erläutert nach den einzelnen Statements der Fraktionen nochmals, dass er der Stadt Hückeswagen eindringlich empfiehlt, Berufung einzulegen. Er erläutert, dass wenn die EAA Berufung einlegt (was zu erwarten ist), es für die Stadt Hückeswagen zu spät ist, selber Berufung einzulegen.

Herr Hager fragt nach, warum das Urteil nicht an die Fraktionsvorsitzenden versandt wurde, Herr Ufer verweist hier auf die Präsentation und die Ausführungen von Herrn Dr. Weck.

Die Fraktion der CDU meldet nochmal Beratungsbedarf an.

Nach kurzer Diskussion wird die Sitzung von 17.45 bis 18.00 Uhr unterbrochen, damit die Fraktionen Gelegenheit zur Beratung haben.

Herr Schütte bringt sein Befremden über die Vorgehensweise der Verwaltung zum Ausdruck, lediglich die Analyse des Urteils zur Kenntnis zu übersenden. Er erwartet, das Urteil bis spätestens am nächsten Werktag übersendet zu bekommen.

Er teilt mit, dass die CDU zwar zustimmen werde, dies jedoch „mit Bauchschmerzen“ tut, da die eigentliche Entscheidungsgrundlage fehlt.

Herr Welp teilt ebenfalls für die FDP-Fraktion mit, dass nach erfolgter Beratung Zustimmung zur Berufung erteilt wird.

Nach kurzer kontroverser Diskussion zu der Thematik erfolgt die Abstimmung.

Beschluss:

Der Rat beschließt die Einlegung eines Rechtsmittels gegen das Urteil des Landgerichtes Köln vom 12.03.2013 im Verfahren der Stadt Hückeswagen gegen die Erste Abwicklungsanstalt, Az. 21 O 472/11.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

zu 2 Mitteilungen und Anfragen

1. Kleineichen

Frau Finster verweist auf eine von Herrn Welp anberaumte Anwohnerversammlung für den Ortsteil Kleineichen, zu dem Herr Schütte und sie (gleichfalls Anwohner) nicht eingeladen wurden. Sei teilt ihren Unmut darüber mit.

Herr Ufer bittet um Regelung im Privatbereich, die Thematik ist nicht in einer Sitzung des Rates zu behandeln.

Herr Welp entschuldigt sich abschließend für das Fehlverhalten.

2. Leitung Ratssitzung

Frau Busch erkundigt sich, ob bei Abwesenheit von Herrn Ufer eine Sitzungsvertretung geregelt ist.

Dies ist der Fall. Die Sitzungsleitung hat in dem Fall der 1. stellvertretende Bürgermeister.

Für die Richtigkeit:

Datum: 26.04.2013

Bürgermeister Uwe Ufer

Monika Winter
Schriftführerin